**P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Deutschland kürzt trotz wachsender Krisen: 16 Nichtregierungsorganisationen fordern Kurskorrektur beim Haushalt 2027**

*Berlin, 10. November 2026* – Trotz einer sich zuspitzenden globalen Krisenlage sollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt 2027 erneut gekürzt und die humanitäre Hilfe auf einem unzureichenden Niveau belassen werden. Damit setzt sich der Kürzungskurs fort: Seit 2023 wurde der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) um fast 20 Prozent gekürzt. Nach den aktuellen Haushaltsplanungen soll er 2027 nur noch rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Besonders drastisch fallen die Kürzungen bei der humanitären Hilfe aus. Gegenüber 2024 wurden die Mittel halbiert und betragen nur noch rund eine Milliarde Euro. Zusammen machen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe damit lediglich rund zwei Prozent des Bundeshaushalts aus.

Der Haushalt steht so in deutlichem Widerspruch zu den wachsenden globalen Bedarfen und zu Deutschlands Anspruch, ein verlässlicher Partner in der Welt zu sein. 16 Hilfs- und Entwicklungsorganisationen warnen vor den Folgen dieser Kürzungen und fordern die Entscheidungsträger im Bundestag auf, den Kurs zu korrigieren. Denn die humanitäre Not nimmt weltweit zu: Anhaltende Krisen, etwa im Gazastreifen, im Sudan und in der Ukraine, verschärfen die Lage für Millionen von Menschen. Gleichzeitig gefährden steigende Energie-, Getreide- und Düngemittelpreise die Ernährungssicherheit und treiben die Kosten für lebensnotwendige Güter in die Höhe, besonders für Menschen in Armut. Hinzu kommen die Auswirkungen der Klimakrise, die durch ein drohendes starkes El-Niño-Wetterphänomen weiter verschärft werden könnten. Gerade in dieser Situation sind Kürzungen bei der internationalen Zusammenarbeit und humanitären Hilfe das falsche Signal.

**Die unterzeichnenden Organisationen appellieren an den Bundestag, die Kürzungen zu korrigieren:**

*„Mit den geplanten Kürzungen wird genau dort gespart, wo Hilfe lebenswichtig ist. Sie bedeuten weniger Unterstützung im Einsatz gegen Hunger, weniger Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung sowie weniger Schutz für Menschen in Krisen. Am härtesten trifft das oft Frauen und Kinder, die besonders auf Schutz und Hilfe angewiesen sind. Während weltweit Konflikte, Hunger und die Auswirkungen der Klimakrise zunehmen, wird Deutschland seiner internationalen Verantwortung zunehmend weniger gerecht. Dieser Kurs verschärft menschliches Leid, verlängert Krisen und gefährdet langfristig auch Frieden, Stabilität und Sicherheit. Es liegt jetzt am Bundestag, die Kürzungsentscheidungen zu revidieren."*

Bleibt es bei den Kürzungen, werden Millionen von Menschen weltweit weniger Unterstützung erhalten. Die Folgen sind gravierend: Aufgrund weltweiter Kürzungen bei der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit könnten bis zum Jahr 2030

schätzungsweise 9,4 bis 22,6 Millionen vermeidbare Todesfälle nicht abgewendet werden.

Gerade langfristige Programme schaffen Perspektiven und stärken die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften. Ihre Wirkung ist messbar. Seit 2000 konnte die weltweite Kindersterblichkeit mehr als halbiert werden. Im gleichen Zeitraum ist die Müttersterblichkeit um über ein Drittel gesunken. Polio, auch bekannt als Kinderlähmung, wurde so gut wie ausgerottet. Viele Kinder, insbesondere Mädchen, besuchen das erste Mal eine Schule. Diese Erfolge zeigen, dass Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe Leben retten. Gerade in Zeiten wachsender Krisen dürfen diese Fortschritte nicht aufs Spiel gesetzt werden.

**Pressekontakt:**

Save the Children Deutschland
Susanne Sawadogo, Senior Medienreferentin
+49 30 2759 5979-120
susanne.sawadogo@savethechildren.de

**Unterzeichnende Organisationen:**